

# Der 350-Millionen-Mann

Philipp Kutter hat einen Steuer-Coup gelandet. Jetzt muss er nur noch das Volk gewinnen

Daniel Friedli

Er hat das Potenzial zum - je nach Sichtweise - teuersten oder grosszügigsten Nationalrat des Jahres. Zwar sitzt Philipp Kutter seit gerade einmal 16 Monaten im Bundeshaus. Doch das hat dem Zürcher CVP-Mann schon gereicht, um einen Steuererlass von 350 Millionen Franken herauszuholen, dabei Finanzminister Ueli Maurer und die Kantone zu umdribbeln und ein Referendum zu provozieren. Und dies auf eine Art, welche die unterlegene Linke so verärgert wie perplex zurücklässt: mit einem Einzelantrag, den er ohne Vorberatung, Vernehmlassung und Wirkungsanalyse eingereicht hat. Ein Coup für die Familien, jubelt nun die CVP. Ein unverfrorenes Wahlgeschenk, kritisiert die SP. Und Maurer tadelte: «Das kann nicht die Art und Weise sein, wie man Gesetze macht.»

In der Tat: Selten hat eine Steuervorlage am Schluss derart anders ausgesehen als zu Beginn. Eigentlich ging es um ein altes Anliegen aus der Fachkräfte-Initiative: Man erhöht die Steuerabzüge für die externe Kinderbetreuung, damit mehr Frauen mit Kindern in den Job zurückkehren. Auch das beschloss das Parlament, doch ist es nur noch Nebensache. Denn auf Kutters Antrag wurde nun auch der allgemeine Kinderabzug erhöht, von 6500 auf 10 000 Franken. Und damit kostet die Vorlage nun nicht mehr 10, sondern 360 Millionen Franken.

## Ein Wiederholungstäter

Geboren ist die Idee im März in der CVP-Fraktion. Im Raum stand der Vorschlag des Bundesrates und ein Gegenantrag der SVP. Sie wollte aus Gründen der Gleichbehandlung den Betreuungsabzug auch den Familien zuhalten, die selber zu den Kindern schauen. Viele Christlichdemokraten fanden beides nicht ganz richtig und nicht ganz falsch, da präsentierte Kutter seinen Ausweg. Schon als Zürcher Kantonsrat hatte er 2011 in einer ähnlichen Debatte mit Erfolg erreicht, dass einfach der generelle Kinderabzug erhöht wurde. Und wieso soll in Bundesbern nicht klappen, was in Zürich gelang? Einige Sekunden blieb es still im Raum, dann der Beschluss: Kutter solle es per Einzelantrag versuchen.

Im Nationalrat fand er dafür sogleich eine knappe Mehrheit.



Drei Kinder auf einer Wiese: Wie sie in der Steuererklärung behandelt werden, wird wohl bald an der Urne entschieden.



Erfolgreich mit höheren Kinderabzügen: Philipp Kutter.

«Jetzt wollen wir auch einmal etwas für die Familien tun, die sonst alles selber bezahlen», sagt Kutter.

Ein blosser Tagessieg, dachten viele, der sicher bald wieder gekippt würde. Schliesslich warnen alsbald die Kantone, der Plan sei unreif und zu teuer. Auch der Ständerat sagte mehrmals Nein. Und zuletzt analysierte auch Finanzminister Maurer im Detail, wieso Kutter daneben ziele: Von den 350 Millionen Franken Entlastung entfallen 250 Millionen auf jene 15 Prozent der Familien, die über 150 000 Franken verdienen. 100 Millionen bleiben für Familien mit tieferen Einkommen. Und 44 Prozent der Familien profitieren gar nicht, da sie ohnehin keine Bundessteuer bezahlen. «Sie entlasten hier weder den Mittelstand noch wirklich Familien, sondern Sie entlasten Haushalte mit hohen Einkommen», mahnte Maurer.

Doch was kippte, war nicht die Vorlage, sondern die FDP. Sie stimmte diese Woche Kutters Antrag plötzlich doch zu. Die Folge: Der Vorschlag wurde am Freitag definitiv beschlossen, die SP kündigte sofort das Referendum an.

Wenige Minuten später sitzt Kutter nun im Café fédéral und staunt selber etwas über seinen Coup. Natürlich sei das Vorgehen etwas ungewöhnlich, räumt er

ein. Von einem Hüftschuss könne aber keine Rede sein, schliesslich habe man die Sache nun dreimal in jedem Rat diskutiert. Auch die Kritik an der Sozialverträglichkeit seiner Idee lässt Kutter nicht gelten. Für Familien mit kleineren Einkommen unterstütze die CVP andere Massnahmen, etwa Prämienvorbereitungen oder vergünstigte Krippenplätze. «Nun wollen wir auch einmal etwas für die Familien tun, die sonst immer alles selber bezahlen.»

## Akt der Wertschätzung

Es sind Familien wie jene von Kutter. Der 44-Jährige ist verheiratet, Vater von zwei Mädchen, die ebenfalls teilweise eine Krippe besuchen, weil beide Eltern arbeiten: Er amtiert als Stadtpräsident von Wädenswil und Nationalrat, seine Frau führt das kleine, gemeinsame PR-Büro.

Typisch Mittelstand, sagt Kutter. Und für diesen will er politisieren, seit er im Juni 2018 für Barbara Schmid-Federer nachgerückt ist. Dabei ist Kutter klar im linken Flügel der CVP verortet, der auch dem Staat eine Rolle in der Familienpolitik zuspricht. Er stand ein für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub. Er forderte erfolg-

reich eine Strategie des Bundes für Frühförderung. Und er möchte mehr Teilzeitjobs in der Wirtschaft, damit Vater und Mutter verdienen können.

Allein: Um von seinem Steuer-Coup voll zu profitieren, dafür verdient auch Kutter nicht genug. Seiner Familie dürfte der höhere Abzug wenige hundert Franken bringen, sicher nicht das Maximum von 910 Franken, das Grossverdiener erreichen. Stören tut es Kutter nicht. Auch für solche Familien sei jede Entlastung wertvoll, auch als Zeichen der Wertschätzung. Für die SP zählen nur arme Familien, alle anderen seien ihr egal. «Ich freue mich auf diesen Abstimmungskampf. Endlich können wir einmal darüber sprechen, was Familien leisten, und zwar alle Familien.»

Freuen tun sich auch die Gegner. Die SP hofft bereits, den Bürgerlichen in Sachen Steuerpolitik gleich zum Start der neuen Legislatur einen wegweisenden Dämpfer zu versetzen, so wie 2008 beim Steuerpaket. Und so warnte SP-Chef Christian Levrat Kutter bereits: «Wir werden euch plattmachen.» Der Zürcher nimmt es locker: «Immerhin weiss Levrat schon einmal, wer ich bin.»

## Wahlsager



Wir wissen, was kommt. Aber leider nicht mehr, was war. Darum gilt es hier zuerst, einen Lapsus der letzten Woche zu korrigieren. Der Innerrhoder Daniel Fässler wurde natürlich nicht, wie geschrieben, im April in stiller Wahl in den Ständerat gewählt. Er brauchte dazu das Plazet der Landsgemeinde, auch wenn dies in Fässlers Fall eine Formsache war. Zur alten Form kehren derweil die Parteien zurück. Nachdem SVP-Chef Albert Rösti, FDP-Nationalrätin Christa Markwalder und ihre grüne Kollegin Aline Trede zum Ende der Legislatur noch selig zusammen musiziert haben, geht es ab Dienstag in gehabtem Rhythmus weiter: Rösti wird sich vor den Medien beklagen, wie «Linke und Nette die Schweiz kaputt machen». Er fordert darum ein Revitalisierungspaket für die Wirtschaft, zu dem der Ständerat schon lange Ja gesagt hat. Die Wiederbelebung gilt also primär dem Wahlkampf. Damit dürfte die SVP aber kaum mehr Erfolg haben als die FDP. Sie hat ihrerseits schon im August ein Wirtschaftspapier präsentiert – und sich danach beklagt, das habe niemanden interessiert. Darum versucht Fraktionschef Beat Walti am Dienstag nun, mit einer Bilanz zur neuen Klimapolitik der FDP nochmals ein Echo zu finden. Erfolgsaussichten: ungewiss.

# Expo in Dubai: Bund pocht auf Schutz der Arbeiter

Die Partner des Bundes für die Weltausstellung 2020 sind vertraglich verpflichtet, Arbeitnehmerschutz und gleichen Lohn für Mann und Frau zu garantieren.

Andreas Schmid

Die Veranstalter der Weltausstellung in Dubai erwarten von Oktober 2020 bis April 2021 rund 25 Millionen Besucher. Mehrheitlich aus dem Ausland sollen sie für die Expo in die Vereinigten Arabischen Emirate reisen. Im Wüstenstaat werden für den Grossanlass neue Hotels mit 50 000 Zimmern gebaut; vornehmlich von Gastarbeitern aus Südasien, die laut Berichten von Menschenrechtsorganisationen für wenig Lohn und unter extremen klimatischen Bedingungen tätig sind.

Die Schweiz wird sich an der Weltausstellung in Dubai in einem eigenen Pavillon präsentieren. Mit Blick auf die Expo ha-

be die Schweizer Vertretung in den Vereinigten Arabischen Emiraten deshalb ihr Engagement im Bereich des Arbeitnehmerschutzes verstärkt, sagt Georg Farago, Sprecher des Aussendepartements (EDA). «Arbeits- und migrationsbezogene Themen werden bei Treffen mit den Ministerien und in Gesprächen mit dem Expo-Management regelmässig diskutiert.»

In den Vereinbarungen mit den Sponsoren des Schweizer Pavillons hat das EDA eine Klausel zum Arbeitnehmerschutz und zur Lohngleichheit von Mann und Frau fixiert. Der Mustervertrag, den die «NZZ am Sonntag» auf der Grundlage des Öffentlichkeitsgesetzes erhielt, besagt in Artikel 18, dass der Partner für seine Angestellten die Arbeitnehmerschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen am Ort der Leistung einzuhalten habe. «Er gewährleistet die Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug

auf den Lohn.» EDA-Sprecher Farago betont, juristisch sei die Vereinbarung nur für die Vertragspartner bindend, nicht aber für die Regierung des Landes, in dem ein Anlass stattfindet.

Im Kontrakt mit den Sponsoren findet sich auch eine Antikorruptionsklausel. In Artikel 13 heisst es: «Die Vertragspartner verpflichten sich, alle erforderlichen Massnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen.» Bei Missachtung droht eine Konventionalstrafe.

Im EDA ist die Organisationseinheit Präsenz Schweiz für den Auftritt in Dubai zuständig. In ihren Sponsoringverträgen seien die Artikel für den Arbeitnehmerschutz und gegen Korruption seit 2011 Standard, sagt Farago.

Im Zusammenhang mit der Expo in Dubai bemüht sich das EDA um besondere Umsicht, seit es sich zur Abkehr vom geplanten Sponsoring des Zigarettenherstellers Philip Morris veranlasst sah.



Visualisierung des Schweizer Pavillons für die Weltausstellung.

Die Kritik an der Zusammenarbeit mit dem Tabakkonzern liess die Verantwortlichen einen Rückzieher machen und auf 1,8 Millionen Franken verzichten.

Als verbleibender Hauptpartner für die Weltausstellung ist der Lift-hersteller Schindler vorgesehen. Gesamthaft soll er knapp 2,2 Mil-

lionen Franken für das Sponsoring aufwenden. Die Verhandlungen würden aber noch laufen, hält Sprecherin Nicole Wesch fest.

Als weitere Partner treten im Schweizer Pavillon in Dubai unter anderem Schweiz Tourismus, Nestlé und Novartis auf. Dies zeigt die Sponsorenliste von Prä-

senz Schweiz, die der «NZZ am Sonntag» ebenfalls per Öffentlichkeitsgesetz zugänglich wurde.

Schweiz Tourismus zahlt für den Auftritt 600 000 Franken. Die Golfregion sei für die Schweiz touristisch relevant. «Zudem erwarten wir an der Weltausstellung viele Besucher aus Indien und China», begründet Sprecher Markus Berger. Zum Arbeitnehmerschutz-Artikel im Sponsoringvertrag sagt Berger, man beschäftige an der Expo kein zusätzliches lokales Personal, und die eigenen Arbeitsverträge stellen die Rahmenbedingungen sicher.

Nestlé und Novartis zahlen je 275 000 Franken für die Präsenz in Dubai. Im Mittleren Osten habe Nestlé eine lange Tradition und Marken wie Maggi und Nescafé seien sehr bekannt, führt Sprecher Rainer Mueller aus. Satoshi Sugimoto von Novartis sagt zum Engagement, die Arabische Emirate sei die wichtigste Partnerin der Schweiz in der Golfregion.